

Der Grundstein

Offizielles Organ des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal M. 2,00 (ohne Postgeb.), bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom
Deutschen Bauarbeiterverbande
Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 A für die dreigespaltene Pettzelle oder deren Raum berechnet.

Zwischen Haupt- und Stichwahl.

Gedanken eines Optimisten.

Im Augenblick, wo wir diese Zeilen zum Druck geben, ist noch alles in Ungewissheit. Wie wird der Ausfall sein? Werden sich die Hoffnungen erfüllt haben, die wir alle hegten? Man hat uns vier Millionen Stimmen und hundert Mandate prophezeit. Und gerade die Gegner haben es am lautesten und beharrlichsten getan, während man in unsern eigenen Kreisen solch ausschweifende Erwartungen beschwichtigend abwehrte. Werden diese Prophezeiungen Recht behalten? Das ist die Frage, die jetzt auf aller Lippen liegt. Auch am Erscheinungstage unseres Blattes ist über die Verteilung der Mandate noch nicht endgültig entschieden. Voraussichtlich wird in annähernd der Hälfte aller Wahlkreise ein zweiter Wahlgang vorgenommen werden müssen, und vor dessen Ausfall läßt sich schwerlich etwas Gewisses sagen. Aber man mag sich so vorsichtig und zurückhaltend gebärden, wie man will, es bleibt doch bei uns allen dabei, daß wir einen sehr großen Erfolg erhofft haben. Es ist ganz gut, vorher nicht allzu kühne Hoffnungen zu äußern, weil es angenehmer ist, hinterher sagen zu können: besser als ich erwartet habe, als sagen zu müssen: schlechter als ich dachte. Aber wir alle, ganz gleich, ob wir unsere Hoffnungen freudig aussprachen oder sie still im Busen bewahrten, wir alle haben auf einen herrlichen Sieg gerechnet und haben unsere Arbeit in dieser Hoffnung mit gutem Mut und mit rechter Lust getan. Und wir haben nicht nur gehofft, recht viele Stimmen zu gewinnen, sondern wir strebten auch stark nach Mandaten. Trotz der oft gehörten Ansicht, daß die Steigerung der Stimmen die Hauptsache für uns sei, setzen wir doch unsere volle Kraft für die Eroberung möglichst vieler Mandate ein.

Das kann ist, wo wir vor den Stichwahlen stehen, gar nicht stark genug betont werden. Wäre uns an den Mandaten so herzlich wenig gelegen, wie es nach jener Ansicht scheinen könnte, so könnten wir uns jetzt zurückziehen und unsere Stimmen zählen und es den bürgerlichen Parteien überlassen, die Mandate unter sich zu verteilen. Das tun wir jedoch nicht, sondern wir gehen jetzt mit Eifer in den Stichwahlkampf, um zu gewinnen, was mit Aufbietung aller Kräfte nur gewonnen werden kann. Dabei leitet uns die richtige Erwägung, daß im Reichstage nicht nach der Zahl der Wähler, sondern nach der Zahl der Abgeordneten abgestimmt wird. Das Schicksal von Anträgen und Gesetzesentwürfen hängt von der Verteilung der Mandate ab, und wenn wir darum in der Zukunft schlechte Gesetze verhindern und gute Gesetze schaffen wollen, so müssen wir eben dafür kämpfen, mit möglichst vielen Stimmen möglichst viele Mandate zu erobern.

Das werklätige Volk hat in den letzten drei Jahren einen politischen Anschauungsunterricht von seltener Eindringlichkeit genossen. Es muß erkannt haben, wie stark seine Interessen selbst von diesem doch ziemlich rechtlosen Reichstage berührt werden. Wenn man selbst nach solchen Erfahrungen noch immer einer Unterschätzung des Parlamentarismus in

unsern Reihen begegnet, so ist das nur sehr schwer zu begreifen. Im Parlament wird um des Volkes Haut verhandelt, wird über die Reichsfinanzen, über die Sozialpolitik, über die Wirtschaftspolitik, über Straf-, Vereins- und Koalitionsrecht entschieden; das Parlament des Reiches ist schließlich der Punkt, von dem aus eine freierwilligere Verfassung geschaffen werden muß. Kurzum: Das Parlament ist für das Proletariat der gegebene Boden für den politischen und sozialen Kampf; hier kämpft es für seine vielfachen Interessen, hier versucht es, dem öffentlichen Wesen immer mehr den Stempel seines eigenen Wesens aufzudrücken. Alle andern Klassen benutzen das Parlament, suchen sich dadurch Gesetzgebung und Verwaltung dienstbar zu machen. Die Arbeiterschaft hat zuerst das Parlament und ihre eigene Stellung zu ihm verkannt. Sie war von der Auffassung beherrscht, daß ihre politische Vertretung, die Sozialdemokratie, eine Partei ganz anderer Art sei als die Parteien des Grundbesitzes, der Industrie, des Handels usw. Daraus folgerte sie, daß sie auch andere Kampfmethoden beobachten müsse, außerparlamentarische; und wenn sie schon Vertreter in das Parlament wähle, so gäbe es dabei weiter nichts zu erreichen, als daß man den Gegnern recht oft bittere Wahrheiten ins Gesicht sagen könne. Im Jahre 1907 noch hielt die Genossin Luxemburg Vorträge, worin sie, leider unter „stürmischem Beifall“, aussprach, der starke Verlust an Mandaten bei der nur wenige Monate zurückliegenden Reichstagswahl sei durchaus nicht zu bedauern, denn was für die Arbeiterschaft im Parlament zu tun sei, könnten eben so gut besorgen, wie es hundert könnten. Solche Ansichten haben zur Voraussetzung, daß die Arbeiterschaft des parlamentarischen Apparats zur Wahrnehmung ihrer Interessen nicht bedürfe, und sie müßten, wenn sie konsequent und allgemein in der Arbeiterschaft vertreten würden, ein Verinken in die öbste Revolutionsphantasterei zur Folge haben. Glücklicherweise finden sie im politischen Leben des Alltags nicht mehr Beachtung als ihnen gebührt. Innerlich hat die Arbeiterschaft den Antiparlamentarismus lange überwunden, wenn sie auch seine mit rebnierischem Brillantfeuer vortragenen Theorien hin und wieder mit Beifall überschüttet. „Von Zeit zu Zeit seh ich den Alten gern.“ In dem Debate von 1907 waren die 250 000 neugewonnenen Stimmen ein magerer Trost für die verlorenen 38 Mandate, und die Arbeiterschaft war sich durchaus nicht darüber im Zweifel, wie jene Wahl zu bewerten sei, sie empfand sie als das, was sie war, nämlich als eine bittere Niederlage.

Der wissenschaftliche Sozialismus, zu dem sich ein stetig wachsender Teil der Arbeiterschaft bekennt, sieht die menschliche Gesellschaft als einen Organismus an, der sich nach bestimmten Gesetzen entwickelt. Die wissenschaftliche Erkenntnis des gesellschaftlichen Werdens und seiner Eriekräfte läßt uns Utopien und Puschje als durchaus un-reale Faktoren ablehnen. Der gewalttätige Umsturz liegt weder in der Theorie noch in der Absicht der sozialistischen Bewegung. Unsere Literatur enthält Hunderte und Aberhunderte von Zeugnissen dafür, daß die Grundlage der sozialistischen Weltanschauung die Ueberzeugung von der organischen Entwicklung des gesellschaftlichen Wesens ist. Diese Ueberzeugung weist uns die Taktik unseres poli-

tischen Kampfes an. Sie besteht in der Benutzung des Vereins- und Versammlungsrechts, der Presse, der Demonstration und des Parlamentarismus. Sicherlich ist von allen diesen Gebieten unseres Kampfes der Parlamentarismus bis jetzt am unfruchtbarsten gewesen. Das liegt einmal an der Schwäche unserer Vertretung, die zum Teil durch ungerechte Wahlsysteme bedingt ist, zum andern aber auch an der alten, noch immer nicht völlig überwundenen Auffassung von unserer Aufgabe im Parlament. Es liegt ja klar auf der Hand: wer im Parlament vornehmlich oder nur eine erhöhte Eribüne sieht, und die Möglichkeit positiver Erfolge vermisst, wird logischerweise auch sein Tun und Lassen danach einrichten. In allen Ländern mit einem jungen oder unentwickelten Parlamentarismus — und Deutschland ist eins davon — sehen wir die Oppositionsparteien von dieser Auffassung beherrscht; es fehlt ihnen an Macht, um die Ergebnisse der parlamentarischen Arbeit in ihrem Sinne zu beeinflussen und darum beschränken sie sich auf ein vornehmlich rhetorisches Wirken.

Die der deutschen Sozialdemokratie wider-fahrene jahrzehntelange Wechlung mußte natürlich diesen Zustand noch verschärfen und befestigen. Jedesmal, wenn sich eine Klasse politisch selbständig macht, wird sie von jenen Parteien an festigster angefeindet, die vorher ihre Vertretung bildeten. Als sich die Arbeiterschaft darum in der Sozialdemokratie eine eigene politische Vertretung schuf, hatte sie sofort das gesamte bürgerliche Parteiwesen gegen sich. Sie brauchte darum die Ansicht, daß sie eine Partei ganz anderer Art sei als alle andern, gar nicht selbst herauszubilden — die wurde ihr vielmehr durch die Verhältnisse, durch die übrigen Parteien und bald auch durch die Gesetzgebung aufgedrängt. War die Sozialdemokratie aber einmal eine ganz andere Partei als alle übrigen Parteien, so konnte sie auch deren Methode der parlamentarischen Arbeit nicht annehmen; das ist zwar nicht streng logisch, aber es liegt nahe, so zu argumentieren. Gewiß unterscheidet sich die Sozialdemokratie von allen andern Parteien, aber auch die übrigen Parteien unterscheiden sich mehr oder weniger voneinander. Ob der Unterschied zwischen Großgrundbesitzern und Kleinbürgern größer ist als der zwischen Kleinbürgern und Arbeitern, ist noch eine Frage. Worauf es ankommt, ist, daß die taktische Grundregel auf dem parlamentarischen Kampfboden für alle Parteien die gleiche sein muß: aktionsfähige, arbeitsfähige Mehrheiten für die angestrebten Maßnahmen zu bilden. Das ist in Wahrheit die erste und größte Kunst aller Politik: Mehrheiten zu schaffen, und wenn man nicht selbst die Mehrheit ist, es durch taktische Kooperation zu werden.

Noch ist es unbestimmt, welche Mehrheitsbildungen im künftigen Reichstage möglich sind. Nur das dürfte sicher sein, daß die Sozialdemokratie allein keine Mehrheit bilden wird. Dagegen ist es wahrscheinlich, daß sie mit dem Linksliberalismus zusammen groß genug sein wird, um die bisherige Vorherrschafft der Agrarreaktion zu brechen. Aber auch damit begönne eine neue Epoche für die deutsche Sozialdemokratie, die ihr taktische Aufgaben stellte, die nicht an sich, aber durch

die nun einmal obwaltenden Umstände äußerst schwer zu lösen wären. Eine vierzigjährige Tradition erschwert die Lösung. Aber die Sozialdemokratie muß und wird sie vollbringen. Es hilft nichts, wer den Parlamentarismus will — und die Arbeiterschaft muß ihn wollen und will ihn —, muß auch die Methoden wollen, die den Parlamentarismus erst fruchtbar machen für den, der ihn beherrscht.

Vielleicht sind es nutzlose Reflexionen, was wir hier sagen. Vielleicht steht am Erscheinungstage dieses Blattes schon fest, daß unsere Hoffnungen auf das erste aktive Eintreten der Arbeiterschaft in die offizielle Politik bei dieser Wahl noch nicht erfüllt werden. Dann haben eben alle Zeichen gegungen. Aber wir glauben, daß die Wahlen eine große Reichstagslinks schaffen werden, wir glauben es, weil in uns der Wille lebendig ist; der Arbeiterschaft mehr Macht in Staat und Gesellschaft zu erobern, und weil wir von der größeren Macht der Arbeiterklasse einen tiefgreifenden Wandel unserer Politik erwarten. Noch fehlt viel, ehe sich das deutsche Volk mit seinen Rechten in eine Reihe mit den übrigen Kulturvölkern stellen kann; noch fehlt viel, ehe der Arbeiterklasse die formelle und tatsächliche Gleichberechtigung mit den übrigen Klassen geworden ist; noch fehlt viel, ehe unsere Sozialversicherung und unser Arbeiterschutz den gerechten Ansprüchen des werktätigen Volkes genügt; noch fehlt der erste energische Schritt zu einer tatsächlichen Friedenspolitik, die sich in einer Reform des Heerwesens und der Annäherung und Versöhnung der großen Kulturvölker begreift. Noch fehlt so viel, so unendlich viel. Ist der Wille des Volkes stark genug gewesen, um die Einleitung einer Aera großzügiger Reformen zu ermöglichen? Noch wissen wir es nicht, denn wer kennt die Volksseele in ihren unberechenbaren Regungen und in ihrer geheimnisvollen Größe?

Doch wie die Entscheidung auch gefallen sein mag: Heran zum zweiten Wahlgang! Folgt der Parteiparole: Gegen den Schwarzblauen Block! Die leichten Stimmzettel können zu schweren Hämmern werden, mit denen wir ein neues Deutschland schmieden. Aus den Arnen soll eine neue Zeit heraufsteigen, eine Zeit energischen, zielklaren Fortschritts, herbeigeführt durch die Politik der Arbeiterklasse!

Holt diese Zeit mit herauf!

Betrachtungen über die Aussperrung im Jahre 1910.

Unter diesem Titel hat der Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten, Herr Schmiedehaus in Essen, eine kleine Schrift erscheinen lassen. Erscheinen lassen ist eigentlich nicht ganz richtig gesagt; denn im Buchhandel ist sie nicht zu haben, sondern sie wird nur an Mitglieder des Arbeitgeberverbandes abgegeben, wie uns Herr Schmiedehaus mitteilte, als wir uns vor etwa sechs Wochen an ihn wandten. Danach schien es, als ob es sich um eine höchst wichtige Sache handle, auf deren Geheimhaltung der Arbeitgeberbund peinlich bedacht sein müsse. Jetzt ist sie bekannt geworden; der „Zimmerer“ hat sie in seiner Nr. 1 veröffentlicht, worin sie den Raum von etwas mehr als fünf Seiten einnimmt. Nach der Bekürde des Ganzen versteht man eigentlich nicht recht, warum Herr Schmiedehaus mit seinem Produkt eine solche Geheimtuererei beobachtet. Sie wäre nur insoweit verständlich, als die Anregungen, die der Verfasser gibt, im Arbeitgeberbund diskutiert werden sollen und daß man verhindern möchte, daß wir diese Diskussionen verfolgen könnten. Aber die von dem Verfasser gegebenen Anregungen sind durchaus nicht neu; es sind, soweit man in dem Wust der Medienarten überhaupt auf Gedanken stößt, die allen scharfsinnigeren Gedanken, von denen wir längst wissen, daß sie in der „Nordwestdeutschen Interessengemeinschaft“ propagiert werden. Wenn wir die nun wieder einmal schwarz auf weiß sehen, so ist das nicht gerade ein so bedeutendes Ereignis, daß man es als eine Sensation behandeln möchte. Wir haben bei Herrn Schmiedehaus und seinem Anhang noch nie andere Ansichten vermutet, und darum kann uns auch diese neue „Eggethoration“ nicht überraschen.

So weiß man zum Beispiel seit längerer Zeit, daß jenen Leuten Tarifverträge auf paritätischer Grundlage aus tiefster Seele zuwider sind. Soweit jene Strömung, die

Politik des Bundes beeinflusst hat, richtete sich deren Spitze immer gegen den Tarifvertrag, das heißt gegen die Gleichberechtigung der Arbeiter im Arbeitsvertrag und gegen ihre Mitwirkung bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen. Der Kampf im Jahre 1910 war in hervorragender Weise das Werk der „Nordwestdeutschen“, und dieser Kampf ging um diese unsere Gleichberechtigung. Dem entspricht es vollkommen, wenn nun Schmiedehaus, zwar ohne es mit offenen Worten zu sagen, gegen den Tarifvertrag im Baugewerbe scharf macht. Er glaubt behaupten zu können, daß sich in der Arbeiterschaft eine erstarkende Strömung bemerkbar macht, die im Gegensatz zu den bisherigen Methoden der Gewerkschaften nichts mehr vom Tarifverträge wissen wolle. Den Beweis meint Schmiedehaus mit einigen Zitaten aus dem „Zimmerer“ zu führen, von denen eins sagt: „Wenn keine Tarifverträge zustande kommen, wie wir sie wünschen, dann wird eben ohne Tarifvertrag gearbeitet.“ Man kann Herrn Schmiedehaus schon zutrauen, daß er der Sinn dieses Satzes nicht versteht, doch ist es bei diesem Herrn ebenso gut möglich, daß er trotz eigener besserer Einsicht dem Satze die Deutung gibt, als erstrebten die Arbeiter die Vergewaltigung der Unternehmer entweder durch oder ohne Tarifvertrag. Das ist nämlich die Ansicht, die Schmiedehaus im Bunde allgemein zur Geltung bringen möchte: Die Arbeiter wollen nur Tarifverträge, die den Unternehmern nur Pflichten aufbürden und ihnen selbst nur Rechte geben, und darum kommt bei einer Verhandlung mit den Arbeitern für die Unternehmer nie etwas Brauchbares heraus — ergo müssen wir den Arbeitern unsere Bedingungen diktieren. Das ist nichts Neues; und da der Bund im vorigen Jahre gesehen hat, was bei einem Versuche, nach „nordwestdeutigem“ Rezept zu arbeiten, herauskommt, so brauchen wir die Verkaufbarung des Herrn Schmiedehaus durchaus nicht tragisch zu nehmen. Als praktische Lehre aus diesen Darlegungen ergibt sich für Herrn Schmiedehaus zweierlei, erstens eine Prüfung der Arbeiterorganisationen, welche von ihnen überhaupt noch vertragsfähig sind, zweitens die Forderung, die Organisationen für die „Verfehlungen ihrer Unterorgane“ — damit sind wohl Vertragsbrüche gemeint — haftbar zu machen. Beide Weisheiten sind uns, offen gesagt, zu einfältig, als daß sie eine ernsthafte Beschäftigung mit ihnen lohnte. Weiter weiß Herr Schmiedehaus über das bestehende Vertragsverhältnis nichts zu sagen.

Ein weiterer Abschnitt ist „Das Schiedsgericht“ überschrieben, dessen Grundgedanke in einem andern Abschnitt über Einigungsämter noch einmal wiederkehrt. Die Unparteilichkeit gefallen Herrn Schmiedehaus nicht, weil sie zuweilen gegen die Unternehmer entschieden haben. Die allgemeine Lohnherabsetzung von 5 % sei eine große Ungerechtigkeit gewesen, wozu freiwillig die Unternehmer in Köln, Düsseldorf und München das Signal gegeben hätten, indem sie bei den örtlichen Verhandlungen, entgegen der Anweisung des Bundesvorstandes, Zugeständnisse in dieser Höhe machten. Zwar sei es zweckmäßig, unter Vorsitz eines Unparteilichen zu verhandeln, aber Schiedssprüche sollte man nicht wieder fallen lassen. Es hört sich ganz verständlich an, wenn Herr Schmiedehaus gegen die summarischen Schiedssprüche einwendet, daß sie die örtlichen Bedürfnisse nicht berücksichtigen könnten; aber es paßt sehr schlecht dazu, daß er gleich dahinter für möglichst große Verhandlungsbezirke plädiert. Herr Schmiedehaus muß einmal logisch denken: Den Ortsverbänden der Unternehmer wird verboten, Zugeständnisse in der Lohnfrage usw. zu machen; dadurch wird natürlich eine freie Einigung der Parteien verhindert; die Unparteilichkeit der Unternehmer macht die Entscheidung durch unparteiliche Schiedsrichter unentbehrlich — Herr Schmiedehaus aber will keine schiedsrichterlichen Entscheidungen; er klagt sie an, daß sie die örtlichen Verhältnisse zu wenig berücksichtigen — aber er verlangt große Verhandlungsbezirke, die gar kein anderes als ein summarisches Verfahren der Schiedsrichter zu lassen. Mit solch widerspruchsvollem Zeug magt sich ein Mensch herbei, der sich für berufen hält, dem Tarifwesen im Baugewerbe neue Wege zu weisen. Je mehr man sich mit dem Schiedsgericht beschäftigt, um so fester bildet sich dies Urteil: Herr Schmiedehaus will sich wichtig machen, will im Bunde als ein großes Licht gelten, als ein strategisches Genie, das ständig die schwierigsten Probleme in seinem Gemüte wälzt; darum verstimmt er keine Gelegenheit, um dem Wunde mit seinen abgebrauchten Medensarten unter die Augen zu sehen. Es steckt aber nichts dahinter, kein neuer origineller Gedanke, keine Fähigkeit zur logischen Gruppierung des Stoffes, nicht einmal Mut zu positiver Kritik, sondern nichts als allerhöchste Scharfmacherei. Vor jeder ersten Frage kniet diese Schrift zusammen. Ueber die bisherige Arbeit des Zentralschiedsgerichts magt sie kein Wort zu sagen, nur über die speziellen rheinisch-westfälischen Schmerzen erfahren wir einiges:

„In Rheinland und Westfalen bestehen seit langer Zeit Einigungsämter, die zum Teil ihre Aufgabe wohl erfüllt haben, in gewisser Richtung aber auch viel zu wünschen übrig ließen. Insbesondere ist wieder zu be-

mängeln, daß die Entscheidung in der Hand eines unparteilichen, Vorstehenden liegt, dem im günstigsten Falle noch zwei Beisitzer zur Seite stehen. Das Bestreben, auf der Mittellinie zusammenzufinden, ist auch bei diesen Einigungsämtern unerkennbar. Außerordentlich gefällig ist — das sei hier besonders hervorgehoben — die Tätigkeit der Einigungsämter nach Art des rheinisch-westfälischen um deswillen, weil häufig Entscheidungen gefällt werden, die geeignet sind, die eigentlichen Vertragsbestimmungen zu gefährden, zum mindesten aber den Vertrag noch mit einer Reihe unnötiger Bedingungen zu beschweren, die fast ausnahmslos zum Nachteile der Arbeitgeber auslaufen. Die Arbeiterführer benützen jede Gelegenheit, um neue Momente in die Verhandlungen hineinzubringen, Sachen zur Entscheidung zu bringen, die einer solchen nicht bedürfen; weil sie seit langen Jahren „Müßig“ sind. Hier ist zum Beispiel die außerordentlich schwerwiegende Festsetzung der Bandgelddatagen, die Wasserarbeitsfrage, das Ballentragen, Steineabladen, überhaupt die Regelung gewisser „ortsüblicher Arbeiten“, zu nennen. Es liegt auf der Hand, daß je mehr solcher Einzelheiten in die öffentliche Beratung hineingezerrt werden; je mehr Differenzpunkte entstehen. In der Zeit der Ruhe müssen die Arbeiterführer sorgfältig bemüht sein, neuen Stoff für ihre Versammlungen zu finden, und da bieten ihnen denn solche früher niemals strittige Fragen erwünschte Gelegenheiten. Auch die Behandlung mancher anderer Fragen hat im rheinisch-westfälischen Industriegebiet zu der Auffassung geführt, daß es richtig ist, sie, wie das auch früher geschehen ist, einfach den Gewerbegerichten zu überlassen. Das Einigungsamt sollte nur in solchen Fragen in Tätigkeit treten, die unmittelbar mit dem Vertrage zusammenhängen, nicht aber in prinzipiellen Fragen oder in Streitigkeiten außerhalb des eigentlichen Vertrages. Vielleicht würde dann das Einigungsamt, das als solches, solange der Vertrag besteht, wohl nicht zu entbehren sein wird, verbessert werden können. Deshalb wird es sich empfehlen, auch dieser Frage vor Ablauf des Jahres 1912 erneute Aufmerksamkeit zu schenken.“

Ein unendlich langer Abschnitt ist der Industrie gewidmet. Herr Schmiedehaus hat nun einmal die heilige Ueberzeugung, daß das Bauunternehmertum allein nichts erreichen kann und wirkt darum mit Inbrunst und Ausdauer um die Hilfe der Herren von Kohle und Eisen. Sie haben ja zwar geholfen, aber sie müssen noch mehr helfen, und sie müssen's im eigenen Interesse tun; denn wenn die Bauunternehmer Hals geben müssen, nachher geht's auch der Großindustrie an den Kragen. Ob die Fäden zwischen unsem Unternehmern und der Großindustrie seit dem Jahre 1910 dichter und fester geworden sind, sagt Schmiedehaus nicht, und man darf darum annehmen, daß es nicht geschehen ist; denn im andern Falle würde er es gehörig austrommeln.

In einem weiteren Abschnitt beschäftigt sich die Schrift mit der Vertragsstreue der Parteien, wobei sich Herr Schmiedehaus mit dem gleichen Recht über mangelnde Vertragsstreue der Gewerkschaften beklagt; wie sich vielleicht ein Breslauer Staatsanwalt über mangelndes Vertrauen des Volkes zur Unparteilichkeit der Rechtspflege beschweren könnte, da gerade er es war, der den großen Vertragsbruch der rheinisch-westfälischen Unternehmer im Jahre 1905 einleitete. Was er an Einzelfällen gegen die Vertragsstreue der Gewerkschaften vorbringt, sieht er gleich selbst wieder auf, indem er sich gegenwärtig, gegen sämtliche Vertragsbrüche seiner eigenen Mitglieber zu polemisieren, allerdings weiß er sie zu entschuldigen. Man möge die getroffenen Vereinbarungen streng einhalten und über alle Fälle berichten, wo die Arbeiter einmal über die Stränge schlugen, damit die Unternehmenszeitungen Stoff bekämen.

Den Schluß bilden einige Ausführungen über den Arbeitsnachweis, die wir vollständig zitieren, da sich voraussichtlich auf diesem Gebiet künftig sehr viel Differenzen ergeben werden:

„Ich habe absichtlich die kurze Besprechung über den Arbeitsnachweis an den Schluß gestellt, weil diese Frage bei dem Abschluß des damaligen Vertrages eine ziemlich untergeordnete Rolle gespielt hat. Allerdings muß hervorgehoben werden, daß die Anerkennung des Arbeitsnachweises in den Feststellungen des Deutschen Arbeitgeberverbandes enthalten war, und zwar in der Form, daß die von den Arbeitgeberern eingerichteten Nachweise von den Arbeitern ausschließlich benutzt werden sollten. Im Laufe der ersten Verhandlungen ließ man jedoch schon diese Forderung fallen und wünschte lediglich eine Sicherung der Nachweise gegen Störungen seitens der Arbeiter. Im rheinisch-westfälischen Gebiet war stets nur gewünscht worden, daß die von den Arbeitgebern eingerichteten Nachweise seitens der Arbeitnehmer nicht gestört werden dürften und die Einrichtung neuer Nachweise nicht als eine Vertragsverletzung ausgelegt werden konnte, wie das in München bekanntlich früher geschehen war. Da aber in andern Verbänden, z. B. in Hannover, erheblich schärfere Bestimmungen im Vertrage bestanden und von den Arbeitnehmern angenommen worden sind, hielten es unsere Ver-

kenntnis und solblicher Jugend — all dies hat sich unter der Hand des Dichters zu einem Meisterstück geformt, dem in der Belletristik nichts Gleiches an die Seite gestellt werden kann.

Nur der Hauptroman gelangen in den Gärten nach zum Abdruck: Novellen, Skizzen, Humoresken, populär wissenschaftliche Aufsätze, ferner längere Notizen aus allen Gebieten des Lebens sowie Anekdoten, Witze und Scherze.

Mädchenbuch. Von Adelheid Popp. Die junge Welt. Band 6. Preis 20 Heller = 20 S. Dieses Mädchenbuch, geschmückt mit einer schönen Handzeichnung Albrecht Dürers, ist von einem prächtigen Feuer erfüllt.

Briefkasten.

(Frage in Sachen des bürgerlichen Rechts beantwortet nur nicht, ebenso ertheilt wir keine Briefliche Auskunft, auch nicht, wenn Rückporto beigelegt ist.)

- Belzig. Die Versammlungsanzeige kam zu spät.
M. O. in Carthagen. Vermutlich meinst Du das Buch:
Stummer Lehrmeister für die gesamte Kunststeinbranche.

Sterbetafel. (Unter dieser Rubrik veröffentlicht wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Seite kostet 16 S.)
Altenburg. Am 28. Dezember starb unser Kollege Louis Wermann aus Dreßler an Lungenschwamm.

Altrahlstedt. Sonntag, den 21. Januar, feiert unser Zweigverein sein Erstes Stiftungsfest verbunden mit Fahnenweihe.
Nachmittags 4 bis 8 Uhr: Konzert, Gesangsvorträge, Tunc- und Radfahrvorführungen.

Wilhelm Stock, Maurer, geboren am 6. Februar 1851 zu Schliez, eingetragten am 17. April 1904, wird in einer wichtigen Angelegenheit gesucht.
Zweidientliche Mitteilungen werden erbeten an N. Bernhard, Hitzschheim, Marktplatz 5.
Adressenveränderungen. (V. bedeutet Vorsteher, K Kassierer, L Sekretariat, H Herberger, Rz Dienstveränderung wird ausgedrückt bei.)

Salzwedel, Nachm. 3 Uhr bei Prade.
Strehlen i. Schl. Nachm. 2 1/2 Uhr bei Knoll.
Tempeln. Nachm. 3 Uhr im „Kassierhof“.
Treibtsch. Nachm. 3 Uhr bei Albert Habis.
Mittwoch, den 17. Januar.
Guben. Abends 7 Uhr Generalversammlung im „Volksgarten“.

Anzeigen. Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Jahrestellen- oder Sektionsvorstände angenommen.
Hagen i. W. Der Zweigverein Hagen i. W. sucht zum 1. Februar einen Lokalbeteiligten.
Angeber technischer Beschäftigung soll derselbe mit allen vorkommenden Arbeiten eines größeren Zweigvereins vertraut sein.